

Ressort: Politik

Europas Sozialisten schlagen EU-Außenbeauftragte für Friedensnobelpreis vor

Berlin, 31.01.2014, 01:00 Uhr

GDN - Die Sozialisten im Europäischen Parlament schlagen die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und die Ministerpräsidenten von Serbien und Kosovo, Ivica Dacic und Hashim Thaci, für den diesjährigen Friedensnobelpreis vor. Der Fraktionschef der Sozialisten im europäischen Abgeordnetenhaus, Hannes Swoboda, der das Schreiben an das Nobelpreiskomitee in Oslo unterschrieben hat, sagte der "Welt": "Alle drei haben durch ein Abkommen im April 2013 die Lösung des Konflikts um Kosovo einen wesentlichen Schritt voran gebracht. Viele hatten das lange Zeit für unmöglich gehalten. Wir haben Ashton, Dacic und Thaci für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen, weil dieser nicht nur eine Würdigung ihrer Verdienste um eine Normalisierung der Beziehungen wäre, sondern auch zusätzliche Motivation, einen dauerhaften Frieden zwischen Serbien und Kosovo zu erreichen."

Dies wäre auch wichtig für die Stabilität in der Region und für die Anerkennung der albanischen Bevölkerung. Der Österreicher Swoboda verwies darauf, dass unabhängig von seiner Fraktion auch Mitglieder des US-Kongresses dem Nobelpreiskomitee einen ähnlich lautenden Vorschlag gemacht hätten. Die Frist für Vorschläge zum diesjährigen Friedensnobelpreis läuft am Samstag aus. Das Preisgeld beträgt rund 910.000 Euro. Der Preis wird alljährlich am 10. Dezember überreicht. In der Vergangenheit hatten bereits zwei Abgeordnete der Sozialistischen Linkspartei in Norwegen den Whistleblower Edward Snowden für den Nobelpreis vorgeschlagen. Das mehrheitlich von Albanern bewohnte Kosovo hatte sich im Februar 2008 für unabhängig erklärt. 106 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erkennen die Republik Kosovo als Staat an. Belgrad betrachtet Kosovo aber weiterhin als autonome Provinz Serbiens. Rund 88 Prozent der 1,8 Millionen Einwohner sind Albaner und sieben Prozent sind Serben. Sie leben vor allem im Norden und in einigen Enklaven im südlichen Kosovo. Die Serben im Kosovo wollen nach den Gesetzen des serbischen Staates weiter leben. Wichtige Bestandteile des Abkommens, das die EU im vergangenen April mit Serbien und Kosovo ausgehandelt hatte, waren Kommunalwahlen für die serbische Minderheit und spezielle Regelungen im Polizei- und Justizwesen, die den Serben eine weit gefasste Selbstverwaltung ermöglichen sollen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-29303/europas-sozialisten-schlagen-eu-aussenbeauftragte-fuer-friedensnobelpreis-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619